

Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint
täglich,
Vormittags 11 Uhr,
mit Ausnahme der Sonntage
und Festtage.



Pränumerations-Preis
pro Quartal
1 Thlr. Preuss. Cour.

Expedition:
Krautmarkt N 1043.

Im Verlage von Herrn. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. S. Effenbart.

No. 241. Donnerstag, den 23. November 1849.

Stettin. Alle Rechtlichen in den Städten und auf dem Lande sind erfreut, daß Hohenzollern endlich mit Macht und Energie die Zügel der Regierung ergriffen und den Wählern würdevoll entgegen getreten ist. Hoffen wir, daß des Adlers kühner Flug nicht irre geleitet werde durch das Schwirren der Fledermäuse und daß der alte Wahlspruch unsers preussischen Vars:

„Soli non cedit.“*)

und

„Nunquam retrorsum!“**)

zur Wahrheit werde.

Mit Hochverräthern keine Vereinigung und darum auch kein Lüttelchen Nachgiebigkeit! Brandenburg wird der Sitz der Versammlung.

Bei dieser Gelegenheit drängt sich uns die Frage auf, wie und auf welchem Wege dort die gewünschte konstitutionelle Verfassung vereinbart werden soll?

Die in Folge des Wahlgesetzes vom 8. April d. J. nach Berlin berufene Versammlung hatte nach S. 13 desselben die Haupt-Aufgabe, die künftige Staats-Verfassung durch Vereinbarung mit der Krone festzustellen.

Wie wenig dieselbe in einem Zeitraume von sechs Monaten zur Lösung dieser Aufgabe gethan hat, liegt dem Volke klar vor Augen. Sie hat sich zuletzt wegen einer Maßregel der Krone, welche diese Lösung nur befördern konnte, mit derselben in Konflikt gesetzt und ihren Widerstand, ihre Pflicht gegen das Volk gänzlich aus den Augen sehend, nur persönlichen Antrieben folgend, diesen bis zu einer Höhe getrieben, welche das Vaterland in die ernsteste und dringendste Gefahr gebracht hat. Sie hat dadurch nicht nur ihre Unfähigkeit, sondern auch ihre Unwürdigkeit, das Volk bei der Vereinbarung der Verfassung mit der Krone fern zu vertreten, genügend zu erkennen gegeben.

Daraus folgt, daß mit dieser Versammlung, selbst wenn sie ihren Widerstand aufgeben und an dem von dem Könige bestimmten Tage in Brandenburg zusammentreten wollte, die Vereinbarung nicht fortgesetzt werden kann. Preußen kann, ohne sich zu entwürdigen, aus den Händen von Hochverräthern keine Verfassung annehmen. Die Versammlung muß daher aufgelöst werden.

Um nun demohrachtet zu der vom Volke heiß ersehnten konstitutionellen Verfassung zu gelangen, giebt es drei Wege:

1) Es wird auf den Grund des Wahlgesetzes vom 8. April d. J. eine neue Volksvertretung gewählt und mit dieser die Vereinbarung fortgesetzt. Dieser Weg würde aber höchst wahrscheinlich aus denselben Ursachen zu denselben Resultaten führen. Diese Ursachen liegen offenbar in dem Wahlgesetze selbst, welches, statt die verschiedenen Interessen im Staate gleichmäßig vertreten zu lassen, eine Vertretung nach Köpfen anordnet und dadurch das früher mit Recht angefeindete Uebergewicht des sogenannten Junkerthums in die Hände des Proletariats, oder vielmehr in die Hände derjenigen legt, welche vor keinem Mittel zurückbeugend, dieses für ihre Zwecke auszubenten wissen. Ein Staat, in welchem die politische Freiheit auf solchen breitesten Grundlagen ruht, ist zum Untergange reif. Also fort mit einer Volksvertretung auf den Grund des Wahlgesetzes vom 8. April 1848.

Ein zweiter Weg ist:

2) Das Wahlgesetz, gegeben nach Berathung mit den Ständen vom 3ten Februar 1847, wird nach abermaliger Berathung mit denselben, weil es sich als unpraktisch bewährt hat, aufgehoben, ein anderes Wahlgesetz gegeben und die Staats-Verfassung mit den auf dessen Grund zu wählenden Volksvertretern vereinbart. Dieser Weg wäre ein durchaus gesetzlicher, würde aber das Vereinbarungswerk auf eine Weise verzögern, welche sich bei dem unheilvollen Zustande, in dem sich das Land befindet, nicht rechtfertigen lassen dürfte.

Der dritte Weg ist:

3) Der König giebt uns eine Verfassung, die — wenn auch nicht auf den allerbreitesten Grundlagen beruhend — der politischen Bildungsstufe, auf welcher wir uns befinden, entspricht, beruft die darin angeordneten gesetzgebenden Gewalten und vereinbart mit diesen die in Vorschlag zu bringenden Abänderungen und Erweiterungen. Dieser Weg würde zwar mit dem durch das Wahlgesetz vom 8. April d. J. angeordneten nicht im Einklange stehen; er ist aber der einzige, der unserm Vaterlande zum Heile gereichen kann, indem nur die allmähliche Entwicklung der

politischen Freiheit den Wohlstand des Landes im Innern und die Macht desselben nach Außen zu fördern vermag.

Jeder, der von Selbstsucht fern, nur das Wohl des Vaterlandes im Auge hat, muß wünschen, daß dieser letzte Weg eingeschlagen werde.

Berlin, 22. November.

Das Staatsministerium hat den Regierungs-Präsidenten Freiherrn von Schleich zu Kegnitz mit der interimistischen Verwaltung des Ober-Präsidiums der Provinz Schlesien beauftragt.

Deutschland.

Berlin, 20. November. Von mehreren Abgeordneten des Centrum's (Fraktion Unruh) ist heute ein Protest gegen den Steuer-Verweigerungs-Beschluß in die Provinzen versendet worden, in welchem es unter anderem heißt:

„daß sie die National-Versammlung nicht berechtigt hielten, die Befugniß zur Verweigerung gesetzlicher Steuern zu dekretiren, gültige Gesetze einseitig aufzuheben oder zu suspendiren, der Regierung die Erfüllung rechtlich übernommener Verpflichtungen unmöglich zu machen, thatsächlich und rechtlich die Auflösung des Staates, die Vernichtung jeder Regierungsgewalt auszusprechen;“

„daß die National-Versammlung somit nach ihrem wohlwollenden Dürfürhalten durch diesen Beschluß den bisher behaupteten Standpunkt des passiven Widerstandes auf dem Boden des Rechtes und des Gesetzes verlassen habe,“

„daß, auch abgesehen von dem Rechtspunkte, die Maßregel der Steuer-Verweigerung durch die obwaltenden Umstände überhaupt nicht gerechtfertigt, unpatriotisch und unheilvoll für das Land sei.“

Berlin, den 20. November. Die Stimmung in Berlin wird zusehends beruhigter, und eine leidenschaftlosere Erwägung der Schritte der Regierung und ihrer Berechtigung greift mehr und mehr Platz. Einen sehr bedeutenden Einfluß in dieser Beziehung hat das durchaus schonende und maßvolle Auftreten des Oberbefehlshabers v. Wrangel, und namentlich auch die Haltung der Truppen selbst, geübt. Wenn man bedenkt, daß die Truppen die Stadt Berlin, in Erinnerung an die Märztage, nicht ohne bittere Empfindungen wieder betreten konnten, so wird man ihnen gewiß die höchste Anerkennung nicht versagen dürfen, wenn man sie jetzt, jeder Unordnung und jedem Excesse fremd, fortdauernd mit Maaß, Besonnenheit und Anstand ihrer Pflicht nachkommen sieht. — Die Militärmacht ist noch in derselben Stärke geblieben. Sie besteht aus 3 Bataillonen des 2ten Garde-Regiments zu Fuß; 3 Bataill. Alexander-Grenadiere; 3 Bataill. Franz-Grenadiere; 3 Bataill. des 12ten Inf.-Regts.; 3 Bataill. des 24ten Inf.-Regts.; 2 Bataill. des 2ten Inf.-Regts.; 2 Bataill. des 9ten Inf.-Regts.; 1 Bataill. des 20ten Inf.-Regts. und 1 Bataill. des 31ten Inf.-Regts.; dem Garde-Jäger-Bataillon und der 3ten Jäger-Abtheilung. Dann 2 Schwadronen Kavallerie und etwa 36 Geschütze, zusammen 18,000 Mann. Diese Truppen stehen unter dem Commando des Generals v. Thümen. Sie sind fast sämmtlich in solchen königlichen Gebäuden untergebracht, deren Besitz entscheidend für die Behauptung der Stadt ist. Sie werden sehr gut verpflegt, wobei ein großer Theil der Berliner Bürger auf das Bereitwilligste hülfsreiche Hand leistet; die Zufuhr an Lebensmitteln vom Lande ist sehr bedeutend. 25 Schwadronen Garde- und Linien-Kavallerie mit verhältnißmäßig starker Artillerie und mit Infanterie-Neplis, gegen 6000 Mann, unter dem Commando des General v. Prittwitz, haben die Stadt von Außen cernirt. Potsdam ist mit 3 Bataillonen Garde, 5 Schwadronen Garde- und Linien-Kavallerie und einer halben Batterie besetzt. — Der Gesundheits-Zustand der Truppen ist, den Verhältnissen nach, vorzüglich. — Von den Stabsorten der aufgetretenen Landwehrbataillone langen die günstigsten Nachrichten an. Die Kommandeure in Havelberg, Treuenbriezen, Muppin und Prenzlau konnten nach Verlauf von 48 Stunden nach erhaltener Ordre die Meldung bereits absenden, daß die Bataillone vollzählig seien. — Die Nachrichten aus den Provinzen sind für die Sache des Friedens uns der Ordnung günstig. Durch den Beschluß der Steuer-Verweigerung hat sich das Rumpf-Parlament selbst den Stab gebrochen. Die Augen in den Provinzen öffnen sich und man sieht, an welchem Abgrund das Land geführt werden sollte. Aus vielen Städten ist ein Widerruf der Adressen zu erwarten, die man in der ersten Aufregung der forttagenden „National-Versammlung“ votirt hatte. Namentlich können wir dies von Münster verhoffen. Zudem man von dort der Regierung den Vorwurf macht, daß in so entscheidendem Augenblicke die Provinzial-Verwaltung ohne Chef sei, weist man auf die Thätigkeit der demokratischen

*) „Er weicht der Sonne nicht!“

**) „Niemals zurück!“

Klubs hin, die von allen Schritten des Rumpf-Parlaments vorher unterrichtet, die Gemüther schon im Voraus zu bearbeiten standen. Eine Notiz aus Nordhausen deutet auf eine gleiche Taktik hin. Das bekannte Mitglied der äußersten Linken, welches in jener Gegend, in diesem Sommer, bereits unangenehme persönliche Konflikte bestehen mußte, soll bereits am 13ten d. M., (also 2 Tage vor dem Beschluß,) auf den Dörfern in der Umgegend Nordhausens unter den Bauern verbreitet haben, die Steuerverweigerung sei von der National-Versammlung beschlossen, und sie aufgefordert haben, dem Folge zu leisten. — In Hamm steht der frühere Minister von Bodelschwing abermals auf der Wahllistenliste, und zwar für den ausgeschiedenen Abgeordneten Zimmermann. — Der Ober-Präsident Pinder in Breslau ist in Folge seiner bekannten Erklärung, die den Steuerverweigerungs-Beschluß anerkennt, vom Amte suspendirt, und der Regierungs-Präsident v. Schleinitz in Liegnitz, der während der polnischen Insurrektion als Chef der Bromberger Regierung durch große Umsicht und Energie gezeigt hat, daß er schwierige Stellungen auszufüllen geeignet sei, zu seinem Nachfolger ernannt. Der General von Schreckenstein soll das Oberkommando der Truppen in Schlessen übernehmen. Der Belagerungs-Zustand war bis gestern über Breslau noch nicht verhängt.

Das Kammergericht hat in seiner heutigen Sitzung den Beschluß der Einsetzung der Rechtspflege zurückgenommen, und zwar, wie man sagt, aus Veranlassung des Protestes, welchen eine Anzahl von in der neulichen Sitzung nicht anwesenden Mitgliedern gegen den Beschluß des unvollständigen Gerichts erlassen hatten.

Wenn wir bei Gelegenheit der Nachricht, daß zwei preussische Gerichtshöfe über die Berechtigung der Krone zur Verlegung und Vertagung der National-Versammlung verschiedener Ansicht seien, ausriefen: Wo ist das Recht, wo ist die Wahrheit? so haben wir dadurch nicht etwa eigne Zweifel andeuten wollen. Wir sind von der Rechtsbeständigkeit der Maßregel auch nach rechtlichen und gesetzlichen Begriffen vollkommen überzeugt. Aber wenn zwei Gerichtshöfe in ihrer Auffassung derselben sich widersprechen, so meinen wir, ist dies ein neuer Beweis, daß die streitige Frage zuletzt auf dem Felde der politischen Nothwendigkeit ihre Entscheidung suchen und finden muß.

Soeben erfahren wir, daß das ganze Regierungs-Collegium zu Breslau gegen die Erklärung des Ober-Präsidenten Pinder aufgetreten ist und erklärt hat, ihn als Chef seiner nicht mehr anzuerkennen.

(Parlam.-Corresp.)

□ Berlin, 21. November. Abends 7 Uhr. Die Ruhe von Berlin ist nicht gestört worden. Die Einziehung der Landwehr in den Marken, Pommern und Schlessen geht ihren ungestörten Gang fort; die meisten Bataillone befinden sich auf dem Marsch.

Breslau, 20. November. Wir müssen zu dem gestrigen Tagesbericht noch einige Nachträge machen, die im Drange des Augenblicks übergegangen worden sind. Die ohnedem stürmische Sitzung des städtischen Sicherheitsausschusses wurde noch stürmischer, als in der dritten Stunde des Nachmittags die Führer der Bürgerwehr beantragten, erstens: die königlichen Kassen unter Aufsicht der Vertrauensmänner zu stellen, damit sie nicht für das Ministerium Brandenburg, sondern für Volkszwecke verwendet würden, und zweitens: die Vertrauensmänner aus der Provinz sofort einzuberufen. Da Letzteres offenbar auf Einsetzung einer provisorischen Regierung hinauslief, sahen sich die Herren: Burghardt, Fromberg, Grund, Ludwig, Regenbrecht, Kössler und Siebig veranlaßt auszuscheiden. — Regenbrecht wollte, daß die Meinung der Bürgerwehren in den einzelnen Bezirken eingeholt werde. — Von der Majorität der Stadtverordneten ging der Antrag aus: die Stadtverordneten zu einer Extra-Sitzung zu veranlassen; doch wurde dies aus Nicht-Dringlichkeitsgründen abgelehnt. Hierauf wurde der Antrag eingebracht auf Absendung einer Deputation an den Ober-Präsidenten, welche eine alsbaldige Zusammenberufung des Regierungs-Collegiums und von ihm Beantwortung derselben Frage, die Pinder vorgelegt worden, verlangen sollte. — Vom Sicherheits-Ausschuß, dessen Mitglieder sich zum Theil in der Sitzung verpflichtet hatten, ward endlich der Antrag der Bürgerwehrlührer in nachschickender Form angenommen: der Ausschuß hat die zehnten Schritte zur Beaufsichtigung der Kassen zu thun, damit die Steuern und Staatsgelder nicht zu Gunsten des Ministeriums Brandenburg verwendet werden. Man entschied sich mit nur einer Stimme Majorität für eine Deputation an Pinder und das Regierungs-Collegium, wozu Bartsch, Engelmann, Linderer und Plücker gewählt werden. — Die Antwort des Ober-Präsidenten: daß sämtliche Regierungskassen der Provinz vom 19. November an keine Gelder ohne seine spezielle Erlaubnis ausliefern dürften, brachte das Volk, dem sie vom Rathhause aus mitgetheilt wurde, in eine unbeschreibliche Aufregung; man rief zu den Waffen und verlangte, daß sofort eine provisorische Regierung eingesetzt werde. Die ganze Bewegung nahm einen so bedenklichen Charakter an, daß das Oberkommando der Bürgerwehr Generalmarsch schlagen ließ. Die Landwehrmänner, darunter etwa 100 mit Gewehren, hatten sich sehr zahlreich auf dem alten Fischmarkt versammelt, um die Auslieferung der im Rathhause aufbewahrten Waffen zu erzwingen, die man ihnen bisher verweigert. Sie brachen in militärischem Schritt auf, durchdrangen mit Leichtigkeit den dreifachen Cordon von Bürgerwehr und gingen bis an die Rathhausstiege vor, wo sie ihr erstes Verlangen energisch wiederholten. Da es aber ebenso energisch zurückgewiesen wurde, standen sie endlich davon ab und zogen sich mismutig zurück. Ringsum war die Stadt mit Militär besetzt, welches in geräuschloser Haltung der weiteren Befehle harpte. Glücklicherweise konnten diese ausbleiben. Zweimal wurde Sturm zu läuten der strafbare Versuch gemacht. Das erste Mal gegen 8 Uhr Abends, das zweite Mal um Mitternacht. Nur an einer Stelle gelang es der Bürgerwehr, die Friedensbrecher rechtzeitig an der Ausführung ihres Vorhabens zu hindern. — Es war um Mitternacht, als plötzlich vom Christophori-Kirchhof aus Schüsse fielen. Einige Minuten später ertönte die Glocke von St. Christophori. Eine Anzahl Bewaffneter, die nicht zur Bürgerwehr gehörten, hatten den Aufgang zum Thurme gestürmt und alsbald das Signal gegeben, welches die Stadt in neue Aufregung und Verwirrung stürzen sollte. Die Bürgerwehr hatte sich in starken Kolonnen sofort nach dieser Gegend gezogen und es glückte ihrem Muthe und ihrem festen Willen abermals, die schaudervolle Katastrophe von der Stadt abzuwenden. Man hat uns gesagt, das Sturm-Läuten hätte den Zweck gehabt, die Landbewohner nach der Stadt zu rufen, und diese Sage wird dadurch unterstützt, daß Viele behaupten, von

der Gegend des Ohlauer und Schweidnitzer Thores her Gewehrschüsse gehört zu haben, was sie für den Beweis hielten, daß das Militär die Zugänge durch Schreckschüsse abgewehrt habe. Wir schenken dieser Sage keinen Glauben, weil wir erstens zu unsern Nachbarn, den Landbewohnern und zu ihrer redlichen Gesinnung ein zu gutes Vertrauen hegen, als daß sie die Pläne der Anarchisten unterstützen könnten, und zweitens, weil selbst die unter ihnen, welche solche frevelhafte Absichten dennoch nähren sollten, von ihrer Ausführung durch die imposante Militärmacht in unserer Nähe abgeschreckt werden müssen.

Was die Haltung unserer Bürgerwehr gestern anlaut, so verdient sie vom Kommando herab bis auf die Wehrmänner alle Anerkennung. Noch bewahrt unsere Bevölkerung einen edlen Kern, eine unerschütterliche Liebe für Gesetz und Ordnung, und noch ist sie bereit, für deren Bewahrung Gut und Blut einzusetzen. Man pflegt bei dergleichen Scenen den besorgten Blick auf die niederen Volksklassen zu richten. Allein auch diese haben gestern einen sehr ehrenwerthen Charakter gezeigt. Man würde an dem Volke ein Verbrechen begehen, wollte man in ihm den Heerd dieses Treibens suchen. Ganz andere Elemente sind bei dieser Anarchie thätig, Elemente, von denen man, bei Gott, nicht glauben würde, daß sie sich soweit vergessen könnten. Es sollen gestern noch in später Stunde freiwillige Depositionen gemacht worden sein, welche deutlich beweisen, daß man die Köpfe erhitze, um die Hände als Werkzeuge zu schaudervollen Greiffen zu benutzen. Aber, Gott Lob, in diese Köpfe kehrte der rechte Sinn zurück und siegte über alle Künste der Verführung. Es ist jetzt weder die Zeit, noch ist es unsers Amtes, hier mehr zu sagen. Wir rufen aber das unbestechliche Tribunal der Zukunft an: es wird unsere Klagen hören und die Schuldigen richten! (Schles. Ztg.)

Halle, 19. November. Wie sich voraussehen ließ, ist der heutige Tag nicht ohne Blutvergießen vorübergegangen. Um 10 Uhr erschienen die demokratischen Volksführer auf dem Markte, um von einem Brunnen-troge aus ihre Reden an das Volk zu beginnen. Da nach dem von den Volksführern selbst angekündigten Programm nichts Anderes beabsichtigt wurde, als alle königlichen Kassen mit Beschlag zu belegen, die städtischen Behörden außer Wirksamkeit zu setzen, und die Landwehr, welche heute Morgen eingekleidet werden sollte, von ihren Führern abwendig zu machen, so hatten die Polizei-Behörden von ihrer Befugniß Gebrauch gemacht, die Versammlung zu inhibiren, und zu diesem Zwecke die gesammte Bürgerwehr aufgeboten. Als daher nichts desto weniger die Reden begannen, so rückten die Kompagnieen vor und suchten, zum Theil mit gefälltem Bajonet, die Massen zu zerstreuen, welche sich um die improvisirte Rednerbühne gebildet hatten. Eben war die zweite Kompagnie in dieser Absicht vorgerückt, als plötzlich aus den Reihen des sogenannten Lancier-Corps, eines meist aus Arbeitern bestehenden Corps, das von den Demokraten so ziemlich beherrscht wird, eils Schüsse fielen, von denen alsbald nicht weniger als sieben Verwundete gezählt wurden. Der Hauptmann der ersten Kompagnie, Oberbergamts-Sekretair Nehmig, wurde durch das Ohr geschossen, ein Polizei-Sergeant im Rücken getroffen, der Adjutant des Landwehrebataillons, Lieutenant v. Kampz, traf eine Kugel in der Gegend des Schlüsselbeins, mehrere andere Bürgerwehrmänner waren leicht verwundet. Die Aufregung, welche diese Schüsse in der Masse hervorbrachten, war fürchtbar, um so mehr, als man anfangs über die Thäter nichts Gewisses wußte. Die ganze Bürgerwehr kam einen Augenblick in das Schwanken, und wenig hätte gefehlt, daß die Bürgerwehr selbst unter einander in Kampf gekommen wäre. Der rasche Entschluß des Bürgerwehrestabes, sofort zur Entwaffnung des Lanciercorps zu schreiten, rettete noch vor der drohenden Auflösung. Diese Entwaffnung gelang auch durch mehrere abgeordnete Corps fast vollständig, worauf sich die Aufregung etwas legte. Nachmittags wurden mehrere Verhaftungen unter den Häuptern der demokratischen Partei vorgenommen. Zur Haft gebracht wurden Weinbändler Kawald, den man hinter einem Fasse versteckt fand, Lehrer Weißgerber und der Anführer des Lanciercorps Fischer. Drei Studenten, die Herren Pöschke, Ehrlich und Kaulfuß, konnten nicht gefunden werden; sie sollen, wie man versichert, in Gesellschaft des Grafen Reichenbach alsbald nach dem verunglückten Versuche der Entsetzung der städtischen Behörden nach Leipzig entflohen sein. In diesem Augenblicke, Abends 10 Uhr, ist die Stadt vollkommen ruhig. Zahlreiche Militär-Patrouillen, von Bürgerwehr begleitet, durchziehen die Straßen. Gegen Abend rückten noch zwei Kompagnien des 19ten Infanterie-Regiments aus Merseburg und eine Schwadron Husaren ein. Für morgen erwartet man noch mehr Truppen, da dem Vernehmen nach in hiesiger Gegend ein mobiles Corps unter dem Kommando des Generals von Schack zusammengezogen werden soll. (D. Ref.)

Frankfurt, 18. November. (118. Sitzung der Reichs-Versammlung.) Nach Verlesung des Protokolls kündigt v. Schmerling die Rückkehr des Reichs-Kommissars Bassermann aus Berlin an, so wie, daß ein umfassender Bericht von seiner Seite bevorstehe. Im Laufe des Vormittags sollen die Deputirten Simson aus Königsberg und Hergenbahn als Kommissarien nach Berlin gehen, um im Sinne des Beschlusses vom 14. November zu wirken. v. Gagern verkündigt hierauf nochmals v. Rappard's Antrag, sowie die Zusatz-Anträge zu demselben:

- 1) Der Antrag v. Rappard's lautet auf sofortige Zurückberufung Bassermann's, Absendung von Reichs-Kommissarien, um die Zurücknahme der Gewalt-Maßregeln der Regierung (die Auflösung der Bürgerwehr, die Beschränkung des Associationsrechts und der Presse) zu bewirken.
- 2) Der Zusatz-Antrag von Schulze aus Darmstadt lautet:
 - a) auf unverzügliche Verpflichtung der deutschen Truppen zum Gehorsam gegen die Reichsbehörden,
 - b) Zusammenziehung derselben, um event. in Preußen und Oesterreich einzuschreiten,
 - c) auf sofortige Vollstreckung der Beschlüsse vom 15. Juli, betreffend die Vermehrung des Heeres und Berichtes des betreffenden Ausschusses binnen 48 Stunden,
 - d) auf Anweisung des Finanz-Ausschusses zur Berichterstattung über die Hülfsmittel in derselben Frist.
- 3) Der Anträge von Vogt und Konsorten:
 - a) auf Mißbilligung der Wahl Bassermann's,
 - b) auf Rückführung des status quo vor dem Amtsantritt Brandenburgs und Verhandlung auf diesen Grundlagen.

22 Redner haben sich einschreiben lassen, v. Rappard erhält das Wort als Antragsteller, erklärt seine Verwunderung über die plötzliche Energie der preussischen Regierung, verlangt zum Heile der konstitutionellen

Monarchie eine parteilose Behandlung der Sache und stellt zum Schutze der verfolgten Vertreter derselben das Amendement zum eigenen Antrage, eine Sympathie-Erklärung der National-Versammlung für dieselben. — Er schließt mit einer Ehrenerklärung zu Gunsten Bassermanns.

Bassermann: Ob ich in meiner Auffassung der Freiheit hinter der Zeit zurückgeblieben, wird die Zeit lehren. Was meine Wirksamkeit betrifft, so sollte sie dahin gerichtet sein, im Einvernehmen mit der preussischen Regierung die Unfreiheit der National-Versammlung in Berlin zu brechen, welche sie selbst in Widerspruch mit unseren Beschlüssen gebracht. Andererseits sollte ich das Wichtigste mit dem preussischen Gouvernement in Bezug auf die Einzelstaaten regeln. — Ich fand die Stadt bei meiner Ankunft ruhig, die Straßen aber von Gestalten bevölkert, welche mich erschreckten. Eine Sitzung des zurückgebliebenen Theiles der National-Versammlung, welcher ich beiwohnte, zeigte mir deutlich den bevorstehenden Zwiespalt und die größten Gefahren. Ich trat mit Mitgliedern der Versammlung und mit der Bürgerschaft in Benchmen, selbst mit Abgesandten der demokratischen Klubs. Die Physiognomie der äußeren Zustände in der Stadt ist nicht erfreulich, die Presse nicht frei, sondern terrorisirt; an den Ecken trifft man den Traum eines Republikaners, dargestellt mit illustrierten Laternenpfehlen. Die Mitglieder der Rechten verdammen meist dem Zufall ihr Leben, wenn sie durch die Menge am Schauspielhause schritten. Volkstredner hatten die Menge längst zum Tragen von Beilen und Messern aufgefördert. In der Stadt herrschte völlige Straflosigkeit, die Gesetze waren ohne Autorität, die Rechte verlangte selbst dreimal vergeblich die Mittel zum Schutze von ihren Kollegen. Die so verurtheilten Minister fand ich in einer Fassung und Ruhe, welche mich in Erstaunen setzten; sie erklärten mir, wie sie zu dem Entschlusse gekommen, auf die äußerste Gefahr hin die Maßregeln zu ergreifen.

Auf meinen Hauptauftrag, betreffs der Regulirung des Verhältnisses der Einzelstaaten, einzugehen, war unter solchen Umständen unmöglich. Ob die Männer zurücktreten werden, wenn die geeigneten Maßregeln ausgeführt sind, vermag ich nicht anzudeuten.

Woher kommt das Mißtrauen gegen sie? — Selbst von den Mitgliedern der Versammlung, die in der Deputation beim Könige waren, vermochte ich keine Thatsachen gegen diese Männer zu erfahren. Dem Grafen Brandenburg wußt man einen Armeebefehl vor, gegen den Minister von Manteuffel citirt man Stellen aus der Rede von Vincke's auf dem Vereinigten Landtage. — Ihren Privatcharakter findet man ehrenhaft.

Den König traf ich (ich scheue mich nicht gegen die Sitte, die Mittheilung zu machen), was die Beziehung zur Centralgewalt betrifft, deutscher gesinnt, als ich geglaubt. In Bezug auf Posen war er entschlossen, unseren Beschluß gegen den Berliner durchzuführen. — Er war ferner fest darin, den Scenen in Berlin ein Ende zu machen und hielt dies für eine ernste, große Pflicht, nicht allein Preußen, sondern Deutschland gegenüber, um dessen Gesittung vor dem Untergang zu retten. Er war gefaßt auf Alles und entschlossen, ohne sich im mindesten die Folgen zu verhehlen. Was die zugesicherten Freiheiten betrifft, so fand ich auch nicht den entferntesten Grund zu den so allgemeinen verbreiteten Befürchtungen.

Bei meiner Rückkehr aus Potsdam war General von Wrangel in Berlin eingezogen. Ich fand eine andere Bevölkerung auf den Straßen. Die Bürger belebte ein Gefühl der Sicherheit. — Ich wohnte den Versuchen bei, die Konflikte zwischen National-Versammlung und Regierung auszugleichen, die Präsident Grabow in einer Unterredung mit Mitgliedern des Centrums machte. Ich sprach selbst mit von Unruh. Alles mißlang.

Ich theile hier die Bedingungen mit, unter welchen sich die Zurückgebliebenen zum Frieden geneigt erklären wollen; sie lauteten:

- 1) Verbannung des Prinzen aus den Grenzen der Monarchie,
- 2) Verhaftung von Wrangel's und der Minister,
- 3) Hochverraths-Anklage gegen sie,
- 4) unbedingte Unterwerfung des Königs unter die Versammlung, bis die Verfassung fertig sei,
- 5) Entfernung der Truppen aus Berlin.

Der Konvent ist offen beabsichtigt. Die Centren sind noch geblieben, um von Gewaltthätigkeiten zurückzuhalten. Wie lange Preußen eine Republik sein solle, steht in Frage, da die Dauer der Versammlung kein Ziel hat. — Ich machte erfolglose Vorstellungen, vielleicht kommt man später zu einem Entschlusse. — Man wirft der Regierung vor, daß zum Einschreiten jetzt nicht der rechte Anlaß gewesen, — aber später hätte es ohne Blutvergießen vielleicht nicht mehr geschehen können — es wären vielleicht Opfer dann gefallen.

Nach den Verhältnissen der letzten Tage ist eine Vermittelung nicht mehr möglich, der Widerspruch ist offen an den Straßen-Ecken zu lesen, gegen die Autorität wird eine andere gesetzt. Ich bin der Ueberzeugung, daß nur zweierlei möglich ist: Strenge Durchführung der Regierungsmaßregeln oder Annahme der obigen Bedingungen. — Das Letzte wäre das größte Unglück für ganz Deutschland. Ein Antrag auf Vermittelung ist bereits mit Hohn zurückgewiesen!

Meine Anschauung — und mögen Sie mich deshalb verdammen, ist die: ich hoffe von der National-Versammlung in Berlin keine wahre Freiheit, ich hoffe auch nichts für unsere Einheit. Ich kann nicht mit einstimmen in die von Rappard beantragte Aeußerung auf Sympathie! Weil nun eine Vermittelung unmöglich und ich auch den Beschluß vom 14ten November auszuführen nicht im Stande war, so kehrte ich zurück, um in die Hände des Reichsverwesers mein Amt als Unter-Staats-Secretair niederzulegen.

Benedey verlangt das Wort, um eine Frage an Bassermann zu richten. Welches waren die Autoritäten, die jenen Bedingungen Gewicht gaben? — Bassermann erklärt, jeden Namen dem Ausschusse nennen zu wollen. — Werner von Nerstein stellt den präjudiziellen Antrag: den Rappardschen und die Pertinentien an den Ausschuss für die Verhältnisse der Centralgewalt zu den Einzelstaaten behufs schleuniger Berichterstattung zu verweisen. Er spricht für die Dringlichkeit seines Antrages und weist darauf hin, daß Rappard alles Thatsächliche der Versammlung vorenthalten habe. — Raveaux gegen den präj. Antrag der Verschiebung an einen Ausschuss. Er will energische Entscheidung entweder für Krone oder für die Volksvertreter, und zwar sofort, um Frankfurt wieder in Achtung zu bringen. — Werner's Antrag wird mit 261 gegen 172 Stimmen angenommen, unter den 172 sind ca. 37 Preußen.

Julius Fröbel erhält das Wort zu einem Berichte über seine und Robert Blums standrechtliche Verfolgung. Die Linke begrüßt sein Erscheinen auf der Tribüne mit Beifallsklatschen. Er erzählt, er sei mit

Robert Blum am 13. Oktober nach Wien abgereist, am 17. dort angekommen, um eine Adresse der Linken an die Bevölkerung Wiens zu überbringen. Nach einigen Tagen sei ihr Auftrag vollzogen gewesen und Robert Blum und er hätten abreisen wollen. Allein dieser Adresse stellten sich unüberwindliche Hindernisse entgegen und sie entschlossen sich daher zum Verbleiben. Fröbel ward Hauptmann der 3ten, Blum der 1sten Stützenkompanie, die ursprünglich zur Aufrechthaltung der Ordnung in der Stadt bestimmt waren. Allein das Korps wurde ganz anders verwendet und an die gefährlichsten Punkte der Vertheidigung gestellt. Dazu seien beide Abgeordnete bald zu der Ueberzeugung gelangt, die Stadt werde an die Belagerer verrathen! Sie hätten daher am 29. Oktober früh ihre Entlassung von den Befehlshaberstellen gegeben, die auch angenommen worden sei, worauf sie sich ruhig zu Hause verhielten. Nach dem Einrücken des Militärs wendeten sie sich selbst an das Stadtkommando, um zur Rückreise nach Frankfurt die Erlaubnis zu fordern, am 3. November eben deshalb an den General Gordon, — am 4. wurden sie verhaftet. Nachmittags 4 Uhr am 8. November richteten die Gefangenen ein Schreiben an die Untersuchungsbehörde, indem sie gegen die Fortdauer ihrer Haft, unter Anführung ihrer Eigenschaft als Reichstagsabgeordnete protestirten. Die Antwort auf diesen Protest sei das Verhör am 8. und die Erschießung Blums am 9. gewesen. Fröbel schilderte dann, mit welchem Raffinement er (Fröbel selbst) vier Tage lang in einsamer Gefangenschaft und in der Meinung erhalten worden sei, daß er seiner Hinrichtung jeden Augenblick entgegen sehen müsse. Sein Verhör habe sich hauptsächlich darauf erstreckt, ob er nach der Erklärung des Belagerungs-Zustandes für Wien durch den Fürsten Windischgrätz noch die Waffen geführt habe. Als ein wichtiges Vertheidigungs-Moment habe dagegen eine Broschüre Fröbels gegolten, „Wien, Deutschland und Europa,“ die ihrer Zeit von der konservativen Presse Desterreichs einige Anerkennung erfahren habe. Erst am 11. November erfolgte wirklich Fröbels Verurtheilung zum Strange, zugleich aber auch die Begnadigung durch den Fürsten Windischgrätz und die Freigebung des Gefangenen.

Nachdem der Redner seinen einfachen und ruhig gehaltenen Vortrag, von macherlei Zeichen theilnehmender Bewegung begleitet, vollendet hat, wird zur Berathung des Artikels VI. des Verfassungs-Entwurfs geschritten.

Dresden, 17. November. Heute Mittag halb 1 Uhr fand der feierliche Schluß des Landtages statt. Sobald der König auf dem Thronessel sich niedergelassen und Prinz Johann rechts, Prinz Albert links desselben Platz genommen, hielt der König eine Rede, bei deren Schluß er folgendes bemerkte:

„Das sächsische Volk hat — mit wenigen beklagenswerthen Ausnahmen — inmitten der großen Erschütterungen Europas im Ganzen den in ihm wohnenden Sinn für Gesetz und Ordnung bekundet und darin einen Beweis politischer Reife gegeben, die sich bei den Völkern in dem Grad ausspricht, in welchem bei ihnen die Achtung vor dem Gesetze begründet ist. Möge dieser Geist der Gesetzmäßigkeit immer stärkere Wurzeln in unserm Vaterlande schlagen, denn er bildet das sicherste Schuttdach gegen die Stürme von außen, die stärkste Wache für die Freiheit u. das Glück im Innern. Es ist das letzte Mal, wo ich Sie, die Stände des Wahlgesetzes vom Jahr 1831, um mich versammelt sehe! Haben Sie Dank für die Unterstützung, die Sie mir in meinem, auf das Wohl des Vaterlandes gerichteten Bestreben während der Dauer Ihrer Wirksamkeit vielfach gewährt haben. Durch Annahme des neuen Wahlgesetzes haben Sie die Erkenntniß ihrer Zeit betätigt. Auch dafür, sowie für die Opfer, die Sie hierbei bereitwillig dem Wohle des Landes gebracht haben, sage ich Ihnen meinen Dank. Mit Vertrauen sehe ich den künftigen Vertretern des Volks entgegen, mit denen ich die weitem nöthigen Reformen in der Gesetzgebung und Verwaltung zu vereinbaren gedenke. Gott segne unser Vaterland!“

Desterreich.

Wien, 17. November. Die Wiener Zeitung enthält in ihren amtlichen Theil Nachstehendes: Anton Brogini, aus Brünn in Mähren gebürtig, 29 Jahre alt, katholisch, ledig, ohne Profession und Beschäftigung, ist bei richtig gestelltem Thatbestand durch eidliche Zeugenausagen überwiesen, am 13. d. M. Abends in einem hierortigen Gasthause und in Gegenwart mehrerer Gäste vom Civil- und Militär-Stande, aufwiegelerde Gespräche geführt zu haben, wobei er sich insbesondere Drohungen über die nothwendige Ermordung hoher Personen erlaubt hat. — Es ist daher Anton Brogini in Folge der Proklamation Sr. Durchlaucht des Herrn Feldmarschalls Fürsten zu Windischgrätz dd. 1. und 12. d. M. gemäß standrechtlichen Urtheiles vom 16. d. M. durch Stimmenmehrheit zum Tode durch den Strang verurtheilt, und das Urtheil heute Vormittags um 8 Uhr im hierortigen Stadtgraben durch Pulver und Blei vollzogen worden. (W. Z.)

— Die Reichstags-Deputirten Neuwall, Bach, Stadion, Hofert, so wie Fürst Schwarzenberg sind am Hoflager eingetroffen. Von Bestemern spricht man allgemein, daß er das Portefeuille des Äußeren übernehmen wird.

Frankreich.

Paris, 18. November. Gestern hat der Prozeß des Dr. Grandmesnil, Gerant der Reforme, vor dem Kriegsgerichte begonnen. Er ist angeklagt der Urheber der Juni-Insurrektion gewesen zu sein. Die Verhandlungen, ohne sonderliche Zwischenfälle, dauerten bis spät in die Nacht, das Urtheil wird erst heute gefällt werden.

Die Aussagen, die in dem Verhör vorkamen, gaben manches Licht über die Juni-Revolution und boten wiederum ein Zeugniß dar, wie man die unglücklichen, aber leidenschaftlichen Massen der Arbeiter und Proletarier gemißbraucht hat, um ehrgeizige Zwecke zu verfolgen. Späterhin haben tausend dieser Unglücklichen ihr Unrecht schwer büßen müssen, während die Mehrzahl der Führer sich entweder ganz aus dem Spiel ziehen, oder doch Zeit und Mittel zu gewinnen wußten, sich in Sicherheit zu bringen. Dahin gehört Cassidiere, der schwerer betheiligte scheint als Grandmesnil, dem die Flucht nicht gelungen ist. Die früheren Vorgänge aus Grandmesnils Leben beweisen, daß er stets auf das leidenschaftlichste Partei genommen hat. Er ist 54 J. alt und Arzt. Im Jahre 1823 wurde er wegen einer politischen Verschwörung zu Tode verurtheilt, aber später begnadigt. Im Jahre 1844 wurde er wegen einer Verläumdung L. Philipps zum Gefängniß verurtheilt. Er war schon am 31. Juni verhaftet, dann am 20. Sept. wieder freigelassen, nachmals jedoch von Neuem verhaftet worden. In seinen früheren

An den Herausgeber der „Patriotischen Blätter.“

Also die verruchte That einer mörderischen Nette, scheußlicher Verrath im Bunde mit wahnsinniger Verblendung, hatte das preussische Königthum gestürzt und dieser Monarchie ein neues Staatsrecht vorgezeichnet? Wäre das wirklich Ihre Ueberzeugung, Hr. Doktor und Professor! Hätten Sie den sittlichen Mächten in der Geschichte, als deren Verkünder Sie so gern gelten möchten, nicht mehr Vertrauen als etwa zu einem Kartenhaus, das bei der ersten Verührung umfällt? O der Schande! Schämten Sie sich Ihrer elenden Schwäche und des Verraths an der Freiheit! Es verläßt freilich nichts, ob Sie den preussischen Staat als ein Werk sittlicher Freiheit begreifen, oder mit dem schlechten, abgenutzten Stichwort: Absolutismus für Ihre Betrachtungsweise abfinden; trockene Stubengelehrten haben den lebendigen Organismus des Staats selten begriffen, und von Ihnen wird es auch nicht gefordert, daß Sie Ihre Kollegen überragen sollen. Mühen Sie sich daher nicht ab, Geschichte zu studiren, überall würden Sie darin nur Ihre Vernunft und Ihre Sittlichkeit finden, womit freilich für Sie nicht wenig gewonnen ist. Ihre Versuche wären harmlos, wenn sie als müßiges Spiel gelten wollten; die Anmaßung, womit sie auftreten, verräth jedoch sogleich, wie ernstlich Sie es damit gemeint haben. Sie, der Belehrung so bedürftig, wollen uns belehren über unsere Zustände, über den in ihrem Kopf vorhandenen Bruch zwischen Preußens König und dem preussischen Volke, über die stattgefundene Revolution, deren Folgen sich bei Ihnen leider sehr sichtbar und fühlbar herausstellen, über das schwere Unrecht, das diesem Volke geschehen sei durch die Fortschickung seiner einjährigen Vertreter: abtrünniger Geistlichen, taumelnder Professoren, konfusur Juristen, unfähiger Schwäzer etc., und durch die Ernennung des Ministeriums Brandenburg, welches der Freiheit den Todesstoß beibringen möchte. So lautet im Wesentlichen ihre jüngste Belehrung, wobei der Weltgeist und Hegel mitwirken müssen, und die Professoren-Weisheit nicht zu kurz gekommen ist. Hätten Sie doch die in der Schule gehörten Lehren besser beherzigt, das Leben würde Ihnen dann nicht so spanisch vorkommen; es wäre Ihnen im Gedächtnis geblieben, daß, um frei zu sein, man den Gesetzen unbedingt gehorsam sein müsse. Daß der Gehorsam sich aber nicht auf der Gasse findet, sondern in sittlicher Tüchtigkeit wurzelt, scheinen sie ebenfalls vergessen zu haben. Was frechem Trotz enteignet, sieht sich übrigens aller Orten gleich, in sogenannten Volksversammlungen, wie in Ihren „patriotischen Blättern“, welche von der bösen Berliner März-Saat reichliche Frucht gewinnen, ein gründliches Studium Hegels nebenher vermissen lassen. Lernen Sie doch von ihrem Meister, was es heißt, das Gesetz als Bestimmung der inneren Freiheit wissen, als selbst gewählte Schranke. Wenn uns die Geschichte Beispiele vorführt, daß das Leben der Völker auch von Revolutionen durchschauert wird, so weiß sie dagegen nichts von dem Wahnsinn, eine Revolution dauernd machen zu wollen. Phantasien einzelner Trümmen, auch wenn sie sich für Patrioten halten, hören, wie Sie wissen werden, nicht der Geschichte an. Mögen Sie daher beharrlich den Boden der Revolution behaupten und ihr vor wie nach treue Anerkennung zollen, es ist dies so unschädlich wie ihre Doctrin, wonach der Fehler schwerer wiegt als die Rechtsverletzung. All' dergleichen Phrasen, geborgte wie eigene, könnten nur in Ihrem Staate zur Geltung gelangen, der jedoch noch viel Zeit hat. Auch die von Ihnen befürchtete und scharfblickend geweissagte zweite Revolution — von der Existenz der ersten lassen Sie ja nicht ab — wird etwas auf sich warten lassen; ein zweiter 18te März, auch wenn er von Ihnen schon notirt wäre, wird aber nimmer wiederkehren. Diese Veruhigung sei Ihnen hiermit ertheilt, so wie die Versicherung gegeben, daß das Ministerium Brandenburg mit seinen Mordgedanken umgeht, weder gegen die Freiheit, der in unserm Staat, was Sie wissen könnten, kein Ministerium etwas anhaben kann, noch gegen Ihre Patriotischen Blätter. Letzteres wäre überhaupt unmöglich; da diese, wie ihr unruhiger Schützling, bereits moralisch abgethan sind.

Aus der Rheinprovinz.

Die Stimmung über den von der Krone eingeschlagenen Weg, dem Lande endlich zu den verheißenen konstitutionellen Freiheiten zu verhelfen, ist überall, so auch in den westlichen Provinzen des preussischen Staates, getheilt, scheint sich jedoch in ihrer wirklichen Majorität für die Krone auszusprechen. Von Elberfeld und Barmen ist die nachstehende, mit mehr als 6000 Unterschriften versehene, Adresse an das Ministerium abgegangen:
„Hohes Staatsministerium!
Die Ereignisse der verfloffenen Monate haben es unwiderleglich bewiesen, daß die Beratungen der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung in Berlin durch gefesselte Gewalt in ihrer Freiheit beeinträchtigt waren und in der Bürgerwehr dieser Stadt nicht den hinreichenden Schutz fanden. Die Krone hat das durchgreifende Mittel, der Versammlung diese Freiheit zu verschaffen, erfassend, ihren Sitz nach Brandenburg verlegt und für die Dauer der hierzu erforderlichen Vorbereitungen ihre Sitzungen vertagt. Die Unterzeichneten halten diese Maßregel für vollkommen gerechtfertigt. Das verfassungsmäßig erlassene Gesetz vom 8. April d. J. hat, indem es weder die Zeit noch den Ort der Beratungen dieser Versammlung festsetzte und alle zu seiner Ausführung erforderlichen Verfügungen dem Staatsministerium überließ, die Bestimmung über Zeit und Ort dieser Beratungen der Krone vorbehalten, und diese hat daher auch das Recht, die einmal getroffene Bestimmung abzuändern, sobald ihr sich die auf zahllose Stimmen aus dem Volke gestützte Ueberzeugung aufdrängt, daß eine solche Abänderung nothwendig sei, um den Fortgang und den Erfolg der Beratungen dieser Versammlung zu sichern. Die Krone hat aber dazu nicht allein das Recht, sie ist auch dem Volke gegenüber dazu verpflichtet, indem das Gesetz ihr dieses Recht nur dazu vorbehalten hat, um dasselbe da, wo es das Wohl des Landes fordert, zu gebrauchen. In dem die Unterzeichneten daher in dieser Maßregel keinen Versuch irgend einer Reaction, sondern nur das pflichtgetreue Bestreben der Krone, die durch Anarchie bedrohte Freiheit der Beratungen über eine dem wahren Gesamtwillen des Volkes entsprechende Verfassung zu sichern,

erblicken können, erklären sich dieselben in diesem Sinne mit der von der Krone ausgegangenen Maßregel vollkommen einverstanden.
Den 13. November 1848.

In Barmen hat der Gemeinderath einstimmig die Erklärung abgegeben, daß er die Krone zu der von ihr ergriffenen Maßregel der Verlegung der National-Versammlung und der damit nothwendig verbundenen kurzen Vertagung völlig berechtigt erachte, und daß er die fragliche Maßregel auch durch die Umstände gerechtfertigt halte.“

In Elberfeld fand in einer Sitzung des Gemeinderaths eine ähnliche Erklärung die überwiegende Majorität von 22 gegen 7 Stimmen. Die Wahlmänner des Kreises Elberfeld haben in einer Versammlung mit sämmtlichen gegen nur 5 Stimmen sich dahin ausgesprochen:

„das Verfahren derjenigen Mitglieder der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung, welche nach Verlesung der allerhöchsten Botschaft, welche die Versammlung aufforderte, nach dieser Verlesung ihre Verhandlungen abzubrecchen, und sich bis zum 27. d. Mts. zu vertagen, um am genannten Tage sich in Brandenburg zu versammeln, in Widersetzlichkeit unter dem Namen der National-Versammlung ihre Beratungen dennoch fortsetzten, entschieden zu mißbilligen.“

Ein in diesem Sinne an die Abgeordneten des Kreises Elberfeld erlassenes Schreiben ist von 143 Wahlmännern, also der weit überwiegenden Mehrzahl derselben, bereits unterzeichnet.

In Köln konnte die Abstimmung des Gemeinderaths über eine Vertrauensadresse an die National-Versammlung nur Gleichheit der Stimmen (11 gegen 11) erreichen, worauf dann der Präses die Majorität herbeiführte, indem er seine Stimme doppelt rechnete.

Die Gemeinde-Verordneten der kleineren Städte sprechen sich schon in sehr großer Zahl entschieden für die Verlegung und Vertagung der National-Versammlung aus; auch ist es gewiß, daß fast aus sämmtlichen größeren und kleineren Städten der Rheinprovinz und Westphalen Adressen von Urwählern mit entschiedener Tendenz für die Krone abgegangen sind oder noch abgehen werden.

Der konstitutionelle Bürger-Verein in Bonn, die geachteten Rechtslehrer der Universität an der Spitze, hat in einem Flugblatt eine Ansprache „an unsere Mitbürger von Stadt und Land“ verbreitet, worin er das Recht der Krone zu dem gethanenen Schritte darlegt.

Der jetzt noch tagende Theil der National-Versammlung kann und wird nur einseitige Adressen in seinem Sinne empfangen und veröffentlicht, da die entgegenstehenden Adressen an ihn, als gegenwärtig ungesetzlich, nicht gerichtet werden. Um so mehr wird es den Bewohnern der östlichen Provinzen und von ganz Deutschland zum Zwecke einer gründlichen mehrseitigen Beurtheilung der Stimmung des Landes erwünscht sein, die gegenwärtigen Mittheilungen aus diesem Theile der Monarchie zu vernehmen. bitten deshalb die Redaktionen sämmtlicher politischer Blätter von ganz Deutschland um Aufnahme dieses Artikels.

Die Stimmen des Landes werden ihren gewichtigen Einfluß auf die Entscheidung des ungeligen Konflikts nicht verfehlen; aber sie allein sind heute nicht mehr im Stande, ihn zu beseitigen. Deshalb richten sich unsere Blicke nach Frankfurt und wir begrüßen die dort am 14. d. Mts. gefaßten Beschlüsse als den Hoffnungsstern, der noch unter Gottes allmächtigem Beistande zur Verständigung und zur Versöhnung führen wird.
Barmen, den 17. November 1848.

Die Vorstände des konstitutionellen und des patriotischen Vereins.

Die Freiheitsfahrt.

Es zog aus Stettin eine tapfere Schaar, Hurrah!
Wie nimmer noch eine so tapfer war, Hurrah!
Den König zu stürzen, das Land zu befreien,
Das sollte ja dann wohl ein Jubel sein.
Hurrah, Hurrah, Hurrah!
Die Demokraten sind da!
Sechshundert Mannen in Schwarz, Roth, Gold, Hurrah!
Die hatten schon lang' für die Freiheit getollt, Hurrah!
Sie hatten geschwärmt und gehofft und geschworn,
Im Kampf zu verdienen den goldenen Sporn.
Hurrah, Hurrah, Hurrah!
Die Demokraten sind da!
Da kam aus der Hauptstadt die Nachricht her: o weh!
„Der König will es nicht dulden mehr; o weh!
Zu steuern dem Aufruhr im preussischen Land
Hat er von Berlin die Versammlung gebannt.“
Haha, haha, haha,
Die Reaction ist da!
Run brannten die Helden im grimmen Haß, Hurrah!
So jündet der Funke im Streichholzfaß, Hurrah!
Da knistert's und knastert's, da raucht es und glüht,
Daß stehend der bläuliche Dampf entfliehet.
Hurrah, Hurrah, Hurrah!
Die Demokraten sind da!
Sie riefen die Freunde zu schleunigem Rath, Hurrah!
Und redeten wacker und spannen Verrath, Hurrah!
„Run ist sie ja endlich gekommen, die Zeit,
Die uns von dem lästigen Zwange befreit.
Hurrah, Hurrah etc.“
Run fort den Gehorsam, fort Treue, Gesetz, Hurrah!
Wir können beginnen die gräßliche Peß, Hurrah!
Wir stürzen den König vom wankenden Thron,
Und herrschen dann selber, ein trefflicher Lohn.“
Hurrah etc.
Sie tobten die Straßen entlang mit Macht, Hurrah!
Daß Mancher vom ruhigen Schlafe erwacht, Hurrah!
Sie schreckten den städtischen hohen Rath
Und zwangen ihn drohend zu treuloser That.
Hurrah etc.

Und kaum, daß der andere Morgen ergraut, Hurrah!
Da hat man am Bahnhof sie alle geschaut, Hurrah!
Sie flogen von dannen, ein statiliches Heer,
Sechshundert Rebellen mit einem Gewehr.
Hurrah zc.

Was mag auf der Reise gepflogen da sein, Hurrah!
Der trefflichen Reden, welsch mächtiges Schrei'n, Hurrah!
Denn sind Demokraten zu sonst nichts gut,
So haben zu reden sie herrlichen Muth.
Hurrah zc.

Und weiter, ja weiter, bald ist es vollbracht, Hurrah!
Bald wollen wir schlagen die feindliche Macht, Hurrah!
Es nützt unsern Feinden die Waffe nicht mehr,
Wir tödten sie alle mit einem Gewehr.
Hurrah zc.

Da trafen sie plötzlich, es war bei Bernau, o weh!
Nur fünfzig Soldaten am Eisenbahnbau, o weh!
Die sagten gelassen: „fehrt schnell wieder um,
Hier sollt ihr nicht weiter trotz allem Gebumm.“
D weh, o weh, o weh!

Das ist schlimm, jemine!
Sie stuzten und friffen und zankten sich zwar, Hurrah!
Doch kehrtten zuletzt sie nach Hause gar, Hurrah!
Und ärgerten sehr sich, und sprachen: 's ist dumm,
Es kam so viel Geld auf der Reise doch um.“
Hurrah zc.

Berlin-Stettiner Eisenbahn.

Im Monat Oktbr. 1848 betrug die Frequenz auf der Hauptbahn:
23,756 Personen,
davon Einnahme 27,940 Thlr. 15 sgr. 8 pf.
136,439 Zoll-Centner
Passagiers, Eil-
u Fracht-Güter,
davon Einnahme 24,008 Thlr. 18 sgr. 6 pf.
zusammen 51,949 Thlr. 4 sgr. 2 pf.
Gegen die Einnahme im
Okt. 1847 von . . . 59,816 Thlr. 4 sgr. 4 pf.
also weniger 7867 Thlr. — sgr. 2 pf.

Wohlthätigkeit.

In der bei hiesiger Kämmerlei-Kasse veranstalteten Kollekte zur Unterstützung hilfsbedürftiger Familien der zum Dienst einberufenen Landwehrmänner sind eingegangen:

1) Von dem Kaufm. Wiehlow 25 Thlr., 2) Nies 5 Thlr., 3) Steuer-Rath Meier 5 Thlr., 4) Ober-Bürgermeister Wartenberg 10 Thlr., 5) Bischof Dr. Rittsch 10 Thlr., 6) Justiz-Kommissarius Jitellmann 5 Thlr., 7) A. F. Dittner 1 Thlr. 15 sgr., 8) L. W. 2 Thlr., 9) E. B. 2 Thlr., 10) Pastor Schänemann 3 Thlr., 11) E. H. Müller 3 Thlr., 12) J. 2 Thlr., 13) Stadtrath Neßenthin 10 Thlr.

Um fernere Beiträge wird gebeten, welche in den Vor- und Nachmittagsstunden bereitwillig entgegengenommen werden.

Es sind Erklärungen von Urwählern und Wahlmännern bei mir eingegangen, in Folge eines unter dem Schema befindlichen Vermerks, daß Jene bei mir abgegeben werden möchten.

Bei der Veranlassung dieser Erklärungen bin ich nicht theilhaftig und der Vermerk ist gegen meinen Willen zugefügt.
M a s c h e.

Stettiner Tonkünstler Zweig-Verein.

Die nächste Versammlung des Vereins findet Dienstag den 28ten November, Abends präcise 7 Uhr, im Baierschen Hofe statt. — Programm: 1) Klavier-Concert D-Moll mit Streich-Instrumenten von Seb. Bach, 2) Gesang, 3) Klavier-Trio von Beethoven, 4) Vorlesung von Kospaly: Die musikalischen Errungenschaften der neuesten Zeit. — Statutenmäßig können Mitglieder werden: nicht bloß Musiker vom Fach, sondern eben so wohl Musikfreunde, die eine höhere Stufe der Kunstbildung anstreben. Gäste können durch ein Mitglied des Vereins eingeführt werden.
Der Vorstand.

Officielle Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Am 25ten d. M., Nachmittags um 3 Uhr, sollen auf dem Möllendam mehrere Schoß von den abgetriebenen Korbweiden, als auch der Abgang von den Pflanzenweiden meistbietend verkauft werden. Zugleich sollen auch einige Beete von den 3jährigen Korbweiden zum Abtrieb ausgeboten werden.
Stettin, den 22ten November 1848.
Oekonomie-Deputation des Magistrats.

Bekanntmachung.

Für die hiesigen Garnison-Anstalten und das Garnison-Lazareth sind pro 1849 erforderlich:
circa 19 Centner gegossene Talglöthe und 116 Centner raffiniertes Niböl.
Die Lieferung soll dem Mindestfordernden überlassen werden, und können Offerten, versiegelt, mit der Aufschrift: „Licht- oder Del-Lieferungs-Offerten“, zu jeder Zeit in unserm Bureau, Rödenberg No. 249, abgegeben werden. Ebendasselbst sind auch die näheren Bedingungen stets einzusehen.
Zur Deckung der eingegangenen Offerten steht daselbst ein Termin am Mittwoch den 6ten Dezember, Vormittags 10 Uhr, an, zu welchem die Submittenten in Person oder durch Bevollmächtigte eingeladen werden.
Stettin, den 22ten November 1848.
Königliche Garnison-Verwaltung.

Literarische und Kunst-Anzeigen.

So eben ist erschienen und an alle Buchhandlungen, in Stettin an Unterzeichnete, versandt worden:

Grundsätze zur Schuldisziplin,

zur Beförderung eines sichern Einflusses auf die sittliche Bildung der Kinder. Zweite verbesserte Auflage.
Von J. Dobschall. 22 1/2 sgr.

NICOLAI'SCHE
Buch- & Papierhandlung
(C. F. Gutberlet) in Stettin,
grosse Domstrasse No. 667.

Substationen.

Nothwendiger Verkauf.

Von dem Königl. Land- und Stadtgerichte zu Stettin soll das in der Langenbrückstraße belegene, den Württembergischen Rosenbergschen Eheleuten zugehörige, auf 5550 Thlr. abgeschätzte Haus nebst der dazu gehörigen halben Wiese, zufolge der nebst Hypotheken-Acten und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Lage,
am 23ten Mai 1849, Vormittags um 11 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle hieselbst subhastirt werden. Alle unbekanntlichen Realpräsentanten werden aufgefordert, sich bei Vermeidung der Präclusion mit ihren Ansprüchen an das Grundstück spätestens in diesem Termine zu melden.

Verkäufe beweglicher Sachen.

100 Fetthammel und 100 ausgefleischte Hammel stehen zum Verkauf in Eckerberg bei Stettin.

Besten Honig in Gebinden und ausgewogen, Gänsebrüste, Gänseschmalz in Gläsern, Teltower Rüben, so wie auch gute weiße und rothe Weine, Arrac und Rum in Gebinden und Flaschen empfohlen.
C. F. Busse,
Mittwochstraße am Wehlthor.

Aufräumung

zurückgesetzter Waaren bei
Gust. Ad. Toepffer & Co.

Von

Savanna Cigarren

empfang ich meine direkten Zufuhren und offerire ein gut assortirtes Lager in allen Qualitäten zu billigen Preisen
Julius Kohleder.

Gummi-Caloschen, mit und ohne Sohlen, auffallend billig bei
F. Knick jun., Rossmarkt No. 712.

Verpachtungen.

Das der Stadt Strasund gehörige, im Franzburger Kreise und Pitter Kirchspiel etwa eine halbe Meile von der Stadt an der Chaussee nach Grimmen belegene Gut Luffow soll von Johannis 1849 ab auf 18 Jahre anderweitig verpachtet werden. Es sind hiezu Licitationen-Termine auf den 21ten und 28ten dieses Monats und 5ten künftigen Monats, Vormittags 10 Uhr, in unserm Sessionslokal angezettelt, wozu Karte nebst Flurregister auf der Stadt-Kanzlei einsehen, erstere auch gegen die Gebühr in Abschrift erhalten, so wie auch das Gut selbst nach vorhergegangener Meldung bei dem gegenwärtigen Pächter in Augenschein nehmen können, eingeladen werden. Das

Gut Luffow enthält, nachdem davon circa 710 Morgen zur Umlegung von Bauerhöfen abgetrennt worden, annoch
an Acker circa 1413 Morgen,
an Wiesen circa 151 Morgen,
alles Preuss. Maas.
Strasund, den 2ten November 1848.
Verordnete zur Kämmerlei.

Vermietungen.

Der zweite Boden im Speicher des Hauses große Oderstraße No. 10 wird zum 1sten Dezember a. c. miethsfrei. Näheres daselbst bei J. F. Müller.

Die zweite Etage, bestehend aus 2 Stuben, Schlafkabinet nebst Zubehör, ist zum 1sten Dezember Baumstraße No. 989 zu vermieten.

Zwei Stuben und Kabinet mit Möbeln, partier, sind sofort zu vermieten große Wollweberstr. No. 561.

Paradeplatz No. 529 ist die dritte Etage sogleich oder zum 1sten Januar zu vermieten.

Junckerstraße 1112—13 ist eine freundliche Wohnung mit Meubles zu vermieten.

Dienst- und Beschäftigungs-Gesuche.

Verlangt: Ein mit der englischen Sprache vertrauter solider Handlungsgehülfe.
Schreiber sen., Rossmarkt No. 711.

Anzeigen vermischten Inhalts.

Wintergarten

von
Groß & Bayer.
Heute Donnerstag den 23ten November: Concert à la Strauss. Anfang 3 Uhr Nachmittags. Entrée 2 1/2 sgr.

Handlungsbesessene, welche gründlichen und billigen Unterricht in der englischen Sprache wünschen, erfahren das Nähere bei
Schreiber sen., Rossmarkt No. 711.

Gesucht wird
sogleich oder zum 1sten Dezember, in möglichst ruhiger Lage, in der Stadt oder deren nächster Umgebung, eine möblirte Wohnung von 1—2 Stuben Adressen sind Louisenstrasse No. 73, 3 Treppen hoch, abzugeben.

Hierdurch bringe ich zur öffentlichen Kenntniss, daß ich den Kaufmann Herrn C. F. W. Müller zu Stettin, Heiligegeistthor No. 228, durch gerichtliche Vollmacht vom 12ten d. M. mit der Verwaltung des von mir durch Adjudications-Beschheid vom 13ten October d. J. zu Eigenthum erworbenen, in der Langenbrückstraße zu Stettin sub 84 belegenen Hauses nebst Zubehör beauftragt habe, daher Jeder in den dies Grundstück betreffenden Angelegenheiten sich an ihn zu wenden hat. Neu-Zarnow, den 15ten November 1848.
Koch, Bäckermeister.

Ich habe die in dem Hause Krautmarkt No. 1055 betriebene Herbergswirtschaft einstweilen zu verpachten und bitte Pachtlustige, sich deswegen bei mir zu melden.
Theodor Reich.

Berichtig. In dem Grundstück-Verkauf der Wittwe Bolter (f. No. 228, 230, 232 d. J.) muß es heißen: „Garten, Land“, statt Garten-Land.

Evangelisch-lutherische Kirche.
Am 23. Sonntag n. Trinitatis, den 26. November, predigt in der Aula:
Herr Pastor Odebrecht, um 10 1/2 U.
Derfelbe, um 3 U.

Freitag Abend 7 Uhr Katechismus-Predigt in der Zeichnenklasse des Gymnasiums.

Nur Einer von ihnen, im trunkenen Muth, Hurrah!
Der brachte zusammen die Bürgerwehr gut, Hurrah!
Den haben Bernauer gesteckt in's Loch,
Aus welchem beschämt er von dannen froh.
Hurrah, Hurrah, Hurrah!
Die Demokraten sind da!

(E i n g e s a n d t .)

Was den drei letzten schwachen Ministerien nicht gelang, ist dem Ministerium Brandenburg gelungen: es hat so zu sagen „den Hund hinter'm Ofen hervorgeholt.“ — So lange ließen die Mitglieder der Linken unserer Nationalversammlung nur ahnen, was sie eigentlich im Schilde führten, — jetzt sind sie offen mit der Sprache herausgetreten, und das Ministerium Brandenburg hat das Verdienst, ihnen den republikanischen Mund geöfnet und damit dem Lande gezeigt zu haben, vor welchem Abgrund es stand.

Dafür gebührt diesem Ministerium nicht Mißtrauen, sondern der Dank des Vaterlandes, ja ganz Deutschlands, — und der wird ihm zu Theil werden.
E. B.

(E i n g e s a n d t .)

Wie konnte wohl Ruhe in unserm Vaterlande kommen, wenn Unruh an der Spitze derjenigen waltete, die uns Ruhe bringen sollten. Aber hoch hebt sich die Brust, wenn wir sehen, daß treu noch schlägt das Herz der Preußen für ihren constitutionellen König und für's theure Vaterland, und daher rufen wir:

Für immer blühe Hohenzollern und das Vaterland.